

## Jürgen Trittin

# DER GRÜNE SINN – EIN PARADOX? ZUM ABSCHIED EINES AUFRECHTEN NEOLIBERALEN



**Jürgen Trittin** ist Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/ Die Grünen und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Er war von 1998 bis 2005 Bundesumweltminister. In seine Amtszeit fallen u. a. das Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Atomkonsens, der den deutschen Ausstieg aus der Atomkraft auf den Weg brachte.

Wo Reibung ist, entsteht Wärme. Folgt man dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, wird die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland in den nächsten Jahren abkühlen. Zumindest wenn Hans-Werner Sinn sich die Freiheit nimmt, seinen Ruhestand zu genießen. Aber ob er Ruhe gibt?

Als Vordenker einer neoliberalen Wirtschaftsschule ist Sinn immer so etwas wie der natürliche Gegner einer keynesianisch geprägten Denkschule gewesen – mit den Ökokeynesianern von den Grünen konnte er noch weniger anfangen. Dabei hat er eine bemerkenswerte Standhaftigkeit, manche behaupten Starrsinnigkeit bewiesen. Doch die Parole vom »Privat vor Staat« fand eine grausame Widerlegung, als zur Rettung der Realwirtschaft Milliarden Bankschulden in Staatsschulden verwandelt wurden. Es war das Ergebnis einer Politik, die mit der von Ronald Reagan und Margaret Thatcher vorangetriebenen Radikalisierung des Kapitalismus begann und die Ungleichheit in den

Gesellschaften wachsen ließ – und Anfang des Jahrtausends auch Regierungen der linken Mitte von New Labour bis Rot-Grün erfasst hatte. Trotzdem gibt es einige Berührungspunkte zwischen Sinn und grüner Politik. »Es sträuben sich die Nackenhaare des Ökonomen, wenn in der Öffentlichkeit ein Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie beschworen wird. Wie kann man unser Fach nur so grundlegend missverstehen!«, so Sinn. Wie wahr.

Und doch bleibt seine Analyse oft auf einem Auge blind: Die globale Umweltkrise ist das Ergebnis eines fundamentalen Marktversagens – und einer neoliberalen Verirrung.

Den Klimawandel kann man in der Sprache der Ökonomie knapp erklären: Die Preise auf den Märkten für Energie, Verkehr und Wärme kalkulieren ohne die Kosten, die der Handel auf diesen Märkten verursacht: drastische Umweltschäden.

Bei der Energiewende tobt dabei ein ideologischer Kampf. Sinn gehört zu denen, die ve-

hement gegen eine Vorreiterrolle Deutschlands bei der Energiewende gestritten haben. Sein Argument ist mathematisch: Deutschlands Beitrag zu den notwendigen CO<sub>2</sub>-Einsparungen sei zu gering, die Kosten zu hoch und Atomkraft das Mittel der Wahl.

Dem muss man mit einem ökonomischen Argument antworten: Atomenergie ist in Europa und den USA aus ökonomischen Gründen in der Krise. Preise pro Kilowattstunde von mehr als 15 Cent haben verbunden mit extrem langen Kapitalbindungszeiten keine Chance, wenn in Deutschland für 9 Cent mit Photovoltaik und für 6 Cent mit Wind Strom generiert wird. Deshalb gingen 2014 global mehr erneuerbare Kapazitäten ans Netz als fossile.

Wenn es einem der erfolgreichsten Industrieländer gelingt, in relativ kurzer Zeit seine Stromversorgung von Kohle und Atom auf erneuerbare Energien umzustellen, dann hat das nicht nur Vorbildwirkung weltweit, es eröffnet auch neue Märkte, auf denen es gilt, den *first mover advantage* clever zu nutzen.

Stärker noch ist der Effekt, der sich aus der ausgelösten Kostendegression ergab. Windstrom kostet heute ein Fünftel, Solarstrom nur ein Zehntel als vor zehn Jahren. Die deutsche Energiewende hat diese Technologien global wettbewerbsfähig gemacht und damit einen Grundstein gelegt, dass die Welt überhaupt die Chance hat, das 2°-Ziel einzuhalten.

Diese beispiellose Erfolgsgeschichte begann zehn Jahre vor Fukushima mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Der Ausbau der Erneuerbaren ging erheblich schneller, als wir alle glaubten. Ich hatte im Jahr 2000 ins EEG aufnehmen lassen, dass im Jahr 2020 20 % unseres Stroms erneuerbar erzeugt werden sollen. 1999 waren es 5,2 %. Deshalb galt das als ein utopisches Ziel.

Das Ziel wurde spielend übertroffen, und Er-

neuerbare liefern heute mehr als die Atomkraftwerke zu Beginn der Energiewende. Wir sparen so in Deutschland fast 150 Mio. Tonnen Treibhausgase ein, beschäftigen gut 371000 Menschen und haben für einen beispiellosen Technologieschub gesorgt. Die deutsche Volkswirtschaft spart aktuell 15 Mrd. Euro für nicht benötigte Energieimporte aus Russland, Saudi-Arabien oder Katar. 2050 werden es 50 Mrd. sein.

An der Erklärung des letzten G-7-Gipfels war wenig spektakulär, doch ein Satz interessant: das Ziel einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft in diesem Jahrhundert. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass fossile Brennstoffe zwar endlich, aber im Überfluss vorhanden sind. Wir könnten zwar weiter fossile Energien verbrennen, aber wir können es uns nicht leisten!

Rechnet man das 2°-Ziel in die Menge an CO<sub>2</sub> um, die wir überhaupt noch ausstoßen dürfen, erhält man ein »Budget« von rund 800 Gigatonnen. Das heißt, wir dürfen nicht mal mehr die Hälfte der heute förderbaren Reserven an Öl, Gas und Kohle verfeuern.

Die noch in der Erde befindlichen Energieträger werden somit zu »totem« Kapital. Eine *Carbon Bubble*, die zu platzen droht. Sinn spricht von einer drohenden Kapitalvernichtung. Ich würde von einer Fehlallokation sprechen, die dringend behoben werden muss. Wir können nicht auf den globalen Emissionshandel warten. Das Motto muss Deinvestieren heißen. Raus aus den fossilen Energien.

Das wissen auch die Ölförderer. Getreu dem Sinn'schen Paradox hat Saudi-Arabien in Kenntnis, dass bei ihnen so oder so 2035 Schluss ist, begonnen, seine Ölförderung bei niedrigen Preisen nicht mehr zu drosseln.

Ein Ende der fossilen Ökonomie wird nicht automatisch über die Knappheit und den Preis herbeigeführt. Wir brauchen dafür andere politische Rahmenbedingungen. Mehr Staat wäre hier nötig – und mehr globale Governance.